

Synopse
zum Entwurf einer Änderung des NÖ Bediensteten-Schutzgesetzes 1998
(NÖ BSG 1998)

Im Verfahren zur Begutachtung einer Änderung des NÖ Bediensteten-Schutzgesetzes 1998 (NÖ BSG 1998) wurde zur Abgabe einer Stellungnahme eingeladen.

Stellungnahmen:

Im durchgeführten Begutachtungsverfahren zur Änderung des NÖ Bediensteten-Schutzgesetzes 1998 (NÖ BSG 1998) haben der Österreichische Gewerkschaftsbund Youunion - Landesgruppe Niederösterreich und die Kammer für Arbeiter und Angestellte für Niederösterreich schriftlich dargelegt, dass gegen den vorgelegten Entwurf zur Änderung des NÖ Bediensteten-Schutzgesetz keine Einwände bestehen.

Die Abteilung Landesamtsdirektion/Verfassungsdienst hat zum Entwurf einer Änderung des NÖ Bediensteten-Schutzgesetzes 1998 (NÖ BSG 1998-Novelle 2016) inhaltlich wie folgt Stellung genommen:

Das Ziel der Richtlinie 98/391/EWG wird durch die vorgesehene Umsetzung grundsätzlich erreicht. Im Hinblick auf das EU-Pilot-Verfahren Nr. 7846/15/EMPL wird angeregt, den Wortlaut vor Beschlussfassung durch den NÖ Landtag mit der Europäischen Kommission abzustimmen.

Die vorgebrachten Anmerkungen der Abteilung Landesamtsdirektion/Verfassungsdienst wurden berücksichtigt, der Entwurf der Novelle zum BSG 1998 wurde über die Verbindungsstelle des Bundeskanzleramtes den Kommissionsdienststellen übermittelt.